

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Forschungs- und Entwicklungsausgaben der bayerischen Unternehmen Forschung in Freiheit und Verantwortung (3)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten, wie sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung der bayerischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren entwickelt haben.

Dabei ist insbesondere darzulegen, welche Gründe, Umstände oder Anreize dazu führen, dass private Unternehmen in Baden-Württemberg deutlich mehr in Forschung und Entwicklung investieren als in Bayern, und mit welchen Maßnahmen die Staatsregierung sicherstellen will, dass die staatliche Forschungsförderung künftig mehr Anreize für Investitionen der bayerischen Wirtschaft in eigene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben schafft.

Begründung:

Baden-Württemberg gibt deutlich mehr für Forschung und Entwicklung aus als Bayern. 2007 war das Land die Region Europas mit den höchsten F&E-Investitionen. Daran ist vor allem auch die gewerbliche Wirtschaft beteiligt – ihre Investitionen in F&E sind deutlich höher als in Bayern.

Nach jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil der Gesamtausgaben 2010 für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg 4,74 Prozent des Bruttoinlandproduktes – der Anteil der Wirtschaft dabei lag bei 3,75 Prozent. In Bayern lagen die F&E-Ausgaben im selben Jahr bei 3,15 Prozent des BIP, der Anteil der Wirtschaft bei 2,41 Prozent. In Baden-Württemberg gab die Wirtschaft danach 13.470 Mio. Euro von insgesamt 17.039 Mio. Euro für F&E-Vorhaben aus, in Bayern lag der Investitionsanteil der Wirtschaft bei 10.423 Mio. Euro von 13.608 Mio. Euro F&E-Gesamtausgaben. Auch die Beschäftigtenzahlen in den F&E-Abteilungen der Unternehmen in Baden-Württemberg liegen mit 89.838 Vollzeitbeschäftigten höher als in Bayern mit 76.586 Vollzeitbeschäftigten.

Angesichts dieser Zahlen liegt der Schluss nahe, dass die bayerische Forschungspolitik, die in erster Linie Wirtschaftsförderung betreibt, nicht aufgeht. Im Vergleich mit Baden-Württemberg erbringt sie eher durchschnittliche Werte. Künftige Forschungspolitik sollte deshalb vermeiden, Anreize zu bieten, Forschungsabteilungen von den Firmen in die Hochschulen zu verlagern.